

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 5 / 2022

Mai 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren informiert die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig in einem Newsletter über ihre Arbeit. Wir waren die ersten, die in unserer Stadt damit begonnen haben. Und wir setzen dies auch weiterhin fort.

Am 25.05.2022. fand die fünfte Stadtverordnetenversammlung des Jahres 2022 statt.

Wir berichten in diesem Newsletter über die Arbeit der Fraktion im Monat Mai.

Ihre/ Eure

Britta Kornmesser

Themen dieses Newsletters:

Hanswalter Werner

Anfrage zur Umsetzung Preisobergrenze Schulessen und leider keine Antwort

Ralf Holzschuher

Frauen mit Straßennamen ehren- nicht mit Wiesenpfaden

Nicole Näther

Der Krieg in der Ukraine trifft auch die Brandenburger Haushalte und Unternehmen hart

Hanswalter Werner

Gedenken an Walter Rathenau

Britta Kornmesser

Kitarechtsreform, Kita- und Personalbemessung und Befreiung von Kita- Elternbeiträgen

Bürgersprechstunde am 27.06.2022

Hanswalter Werner: Anfrage zur Umsetzung Preisobergrenze Schulessen und leider keine Antwort



Im Juni 2020 fasste die die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel folgenden Beschluss: „Die Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel setzt die Preisobergrenze je Essen in der Primar- und Sekundarstufe, welche von den Eltern

zu tragen ist, auf maximal 3,50 Euro für die Primarstufe und 3,65 Euro für die Sekundarstufe fest. Die Stadt trägt den Differenzbetrag zwischen maximal 4,93 Euro und 3,50 Euro (Primar-stufe) sowie 5,03 Euro und 3,65 Euro (Sekundarstufe) und rechnet diesen unmittelbar mit dem Caterer ab.“

Nach meinen Informationen wurde dieser Beschluss jedoch nicht umgesetzt, so dass die Eltern die volle Summe von 4,93 Euro in der Primarstufe und 5,03 Euro in der Sekundarstufe bezahlen mussten.

Ich stellte fristgemäß zur Stadtverordnetenversammlung am 25.05. 2022 deshalb folgende Fragen:

1. Warum wurde dieser Beschluss nicht umgesetzt?
2. Wann ist mit der Umsetzung des Beschlusses zu rechnen, das heißt wann können die Eltern mit der Erstattung der Beträge von 1,43 Euro pro Essen in der Primarstufe und 1,38 Euro pro Essen in der Sekundarstufe rechnen?
3. Wie ist der Sachstand im Zusammenhang mit einer neuen Ausschreibung zur Versorgung der

Brandenburger Schulen mit Mittagessen? Welche Kriterien liegen dieser Ausschreibung zugrunde? Leider wurde keine dieser Fragen schriftlich beantwortet.

Daraufhin bat ich den Oberbürgermeister mit Mail vom 26. Mai 2022 die Beantwortung meiner Fragen zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am Donnerstag, dem 16. Juni 2022 schriftlich vorzulegen.

Auf die Antworten kann man gespannt sein, zumal die Verwaltung den Vorgang mit einem grünen Häkchen versehen hat, was „Vorgang erledigt“ bedeutet.



Ralf Holzschuher:

Frauen mit Straßennamen ehren – nicht mit Wiesenpfaden



Es ist Krieg in der Ukraine und die sozialen Auswirkungen haben mit Flucht und wirtschaftlichen Verwerfungen auch die Menschen in unserer Stadt erreicht. Da gab es mit einigem Recht Kritik daran, dass die Stadtverordneten zum zweiten Mal hintereinander die

Straßennamen zum Streitthema machten.

Straßennamen sind aber nicht unwichtig und das Anliegen, Frauen mehr Präsenz in der Gesellschaft und der Öffentlichkeit zu verschaffen, ist sehr aktuell. Immerhin sind in der Geschichte Angriffskriege (fast) immer von Männern gestartet worden.

Die SPD-Fraktion will, dass mehr Frauen durch Straßennamen in der Stadt geehrt werden. Dennoch haben wir einen Antrag unterstützt, den bisherigen Beschluss dafür aufzuheben. Ein Widerspruch? Keineswegs, denn wir wollen mehr.

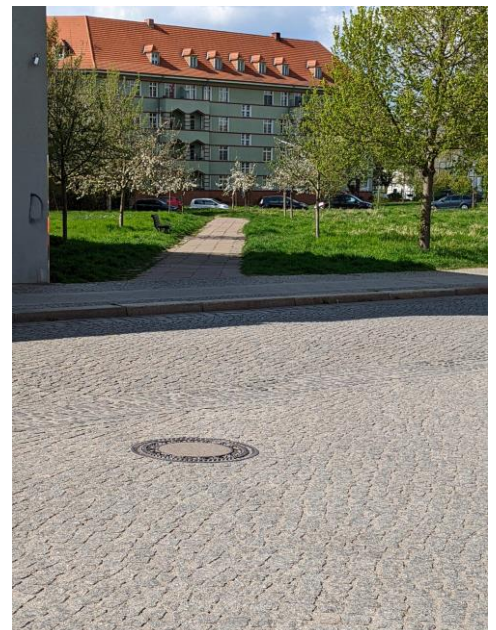
Im Jahr 2020 war beschlossen worden, grundsätzlich mehr Straßen und Plätze nach Frauen zu benennen. Dabei bleibt es. Dem war 2021 ein Beschluss gefolgt, der konkrete Vorschläge enthielt: Eine Liste mit Frauen, die durchweg eine Ehrung verdient hätten, wie Edith Hahn-Beer oder Pauline Reetsch. Der Vorschlag enthielt auch Anregungen für Örtlichkeiten mit der Bitte an die Verwaltung, eventuelle Alternativen vorzuschlagen.

Doch die Verwaltung setzte die Anregungen einfach um, ohne die Wirkung zu betrachten. Besonders deutlich wurde dies mit dem Vorschlag, einen völlig unbedeutenden Fußweg über eine unansehnliche Wiese zwischen Hammer- und Packhofstraße nach Pauline Reetsch zu benennen.

Auf diesem Niveau wäre es zwar möglich, in unserer Stadt Hunderte bisher namenlose Park- und Feldwege mit Frauennamen zu versehen, aber es wäre nicht möglich, sie so zu ehren. Denn während den Männern weiter die richtigen Straßen mit Anwohnern und Verkehr gewidmet würden, bliebe für die Frauen nur der kümmerliche Rand. So wird das berechtigte Anliegen ins Gegenteil verkehrt!

Wir setzen uns daher ein, für eine neue Debatte in den kommenden Monaten. Es muss auch möglich sein, einzelne Straßen umzubenennen. Und es gibt durchaus

zentrale Plätze und Brücken, die ebenfalls einen neuen Frauennamen bekommen können.



Nicole Näther:

„Der Krieg in der Ukraine trifft auch die Brandenburger Haushalte und kommunalen Unternehmen hart“



Lieferunsicherheiten treffen auch sie.

Dazu hatten wir eine Anfrage gestellt, die zeigt, wie drastisch sich die Veränderungen auswirken können. Aktuell gibt es noch keine Lösung, in welcher Form die Stadt damit und mit den daraus folgenden Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger umgehen wird. Wir behalten das aber im Blick.

Zu den Ergebnissen unserer Anfrage zur Preisentwicklung von Gas und Sprit in Bezug auf städtische Unternehmen im Einzelnen:

Die Verkehrsbetriebe kaufen Diesel für den Busbetrieb ca. alle 14 Tage ein. Dabei wird beim Einkauf jedes Mal ein Wettbewerb unter mindestens 5 Anbietern durchgeführt, deren Preise regelmäßig eng beieinanderliegen. Die Verkehrsbetriebe hatten den Diesel im Wirtschaftsplan 2022 mit einem durchschnittlichen Preis von 0,98 € je Liter kalkuliert. Bei einem durchschnittlichen Preis von 2 € je Liter (ab März 2022) könnten Mehrkosten i.H.v. 625.000 € entstehen.

Die Stadtwerke Brandenburg kaufen bei unterschiedlichen Lieferanten Strom und Gas mit einem Vorlauf von drei Jahren ein. Dabei kommt der Anbieter zum Zuge, der in der Ausschreibung den günstigen Preis anbietet. So wirken sich kurzfristige Preissprünge,

wie wir sie aktuell erleben, nicht kurzfristig auf die Bilanz der Stadtwerke aus. Dass auch die Brandenburger Stadtwerke dennoch nicht losgelöst von der Preisentwicklung sind, zeigt die aktuelle Prognose zur Fernwärmepreisentwicklung. Für 2023 wird mit einem Preisanstieg von ca. 60 % im Vergleich zu 2022 gerechnet. Diese Entwicklung ist vor allem für viele Mieterinnen und Mieter, deren Wohnungen an das Fernwärmenetz angeschlossen sind, beunruhigend.

Die MEBRA und der Recyclingpark haben für das Geschäftsjahr 2022 mit einem Verbrauch von 339.000 Liter Dieselmotorkraftstoff zu einem Einkaufspreis von 1,10 €/Liter geplant. Insgesamt wollte man 372.000 € für Kraftstoff ausgeben. Bei einem Anstieg des Dieselpreises auf 2 € könnte sich ein Mehraufwand von ca. 338.200 € ergeben.

Dass man auch den Verbrauch von Stromkosten senken kann, will das Marienbad zeigen. So soll 2022 die Beleuchtung auf LED umgerüstet und damit die Stromkosten gesenkt werden. Und mittelfristig ist zusätzlich die Errichtung einer geförderten Photovoltaikanlage auf den Flachdächern angedacht.

Diesen Weg ist das Städtische Klinikum bereits gegangen und hat mit der Schaffung von Photovoltaikanlagen auf den Häusern 11 (Neubau Apotheke und MHB) und 3 (Bettenhaus Ost) im letzten Jahr begonnen. Dadurch konnte ein Teil des verbrauchten Stromes selbst erzeugt werden. Die Anlagen sind seit dem November 2021 im Betrieb und sollen im Jahr 324.000 kWh Strom produzieren. Auch die energetische Gebäudesanierung hat sich das Universitätsklinikum vorgenommen und damit bei Haus 6 (Laborgebäude) Anfang dieses Jahres begonnen, die geförderte Sanierung von Haus 10 soll dann folgen. Und zusätzlich soll der Fuhrpark sukzessive auf vollelektrische Autos umgestellt werden.

Hanswalter Werner: Gedenken an Walter Rathenau



Die Initiative der FDP, Walther Rathenau durch eine Kranzniederlegung an seinem hundertsten Todestag am 24. Juni 2022 zu ehren, wird von der SPD sehr begrüßt. Auch im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport fand diese Initiative breite Zustimmung.

Walther Rathenaus, geboren 1867 in Berlin, war ein deutscher Patriot jüdischen Glaubens, er war ein Industrieller, Vorstandsvorsitzender der AEG, die sein Vater gegründet hatte, Schriftsteller, kunstsachverständiger Mäzen und schließlich Politiker. Als Politiker der Deutschen Demokratischen Partei und dann als Außenminister im Kabinett Wirth setzte er sich für eine realistische Reparationspolitik gegenüber den Westmächten nach dem ersten Weltkrieg ein. Kooperation statt Konfrontation lautete seine Devise und er war verantwortlich für den Vertrag von Rapallo mit der Sowjetunion. Er galt der radikalen Rechten als Hassfigur und wurde am 24. Juni 1922 auf dem Weg von der Königsallee zu seinem Arbeitsplatz von zwei rechtsradikalen Mitgliedern der Organisation Consul getötet. Es war einer von vielen Morden, die die Weimarer Republik erschütterten. Ausdruck einer hassefüllten

Politik der Rechten, in der die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung galt, Ausdruck einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft, die letztendlich in der NS Diktatur endete. Die Ehrung Walther Rathenaus heute ist aber mehr als ein Blick zurück. Sie soll ein Zeichen setzen in einer Zeit des wieder entstehenden Antisemitismus und rechtsradikaler Gewalt. Die Beispiele der NSU-Morde, die Namen Hanau, Halle und Kassel mögen dies belegen. In seinem unerschütterlichen Glauben an eine demokratische Gesellschaft, an den Rechtsstaat und eine an der Vernunft orientierte Außenpolitik kann er auch heute noch, über Parteigrenzen hinweg, als Vorbild dienen.



Britta Kornmesser: Kitarechtsreform, Kita-Personalbemessung und Befreiung von Kita-Elternbeiträgen



Die Fraktion DIE LINKE hatte einen Antrag eingebracht, wonach die Landesregierung von Brandenburg und die Koalitionsfraktionen aufgefordert werden sollen, den Prozess der Kitarechtsreform umgehend fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig die folgenden Daten und Fakten zu kennen:

Die frühkindliche Bildung und die Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen haben für die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen eine hohe Priorität. Das spiegelt auch der Koalitionsvertrag von SPD, CDU und Grüne wieder. Hier sind eine Vielzahl guter Vorhaben festgeschrieben, um die Qualität in Brandenburgs Kitas noch besser zu machen und Kitas als Bildungseinrichtungen zu stärken. Auch die längst überfällige Kita-Rechtsreform wurde hier festgeschrieben.

Vieles davon wurde bereits umgesetzt oder ein Zeitplan für die Umsetzung festgelegt:

Stichwort: Verbesserung der Kita-Personalbemessung

In der letzten Wahlperiode wurde bereits eine Verbesserung des Personalschlüssels im Kindergarten auf 1:11 und in den Krippen auf 1:5 auf den Weg

gebracht. Damit wurden zusätzliche 1.550 Stellen geschaffen.

In der aktuellen Wahlperiode wurde im August 2020 der Personalschlüssel im Kindergartenbereich von 1:11 auf 1:10 nochmals verbessert.

Ab August 2022 wird der Betreuungsschlüssel in den Krippen von 1:5 auf 1:4,65 abgesenkt.

Und noch in diesem Jahr soll beschlossen werden, den Personalschlüssel in den Krippen bis 2025 in zwei Schritten von 1:4,65 auf dann 1:4,0 zu verbessern.

Das Land nimmt hier viel Geld in die Hand, um damit den dann zusätzlichen Stellenbedarf zu finanzieren. Allein in dieser Wahlperiode sind das rund 143,6 Millionen Euro und zusätzliche 2.200 Vollzeitstellen.

Stichwort: Befreiung von den Kita-Elternbeiträgen.

Bereits jetzt schon übernimmt das Land für fast 1/3 aller Kindergarten-Kinder die Elternbeiträge - und zwar für Kinder im letzten Kindergarten-Jahr vor der Einschulung sowie für Kinder aller Transferleistungsempfänger und Geringverdiener.

Das beitragsfreie vorletzte Kita-Jahr kommt ab August 2023.

Und ein Jahr später, also ab August 2024, wird die Elternbeitragsfreiheit auf den gesamten Kindergartenbereich ausgeweitet werden.



Bürgersprechstunde am 27.06.2022 um 17.30 in der Geschäftsstelle der SPD Brandenburg an der Havel, Bäckerstraße 39



Am 27.06.2022 um 17.30 Uhr findet unsere nächste Bürgersprechstunde in der Bäckerstraße 39 in der Geschäftsstelle der SPD Brandenburg an der Havel statt. Für Ihre Fragen und Anliegen stehen Ihnen der Stadtverordnete **Herr Christopher Jahn** und der Sachkundige Einwohner **Karsten Hinz** zur Verfügung.

